

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag  
Redaktionsdruck Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlenstellen 30 Pfg.

## Der jetzige Stand des Genossenschaftstarifes.

In Nummer 2 unseres Organs gaben wir eine kurze Uebersicht zu dem am Jahreschlusse zu bezeichnenden Stande unseres Tarifes mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und nach Bekanntmachung der betreffenden Zahlen wurde Mißbilligung darüber ausgesprochen, daß jetzt, wo der Ablauf der Tarifperiode nicht mehr fern ist, noch immer eine so große Zahl von Vereinen, nämlich 79, mit 112 Beschäftigten, die zentralen Vereinbarungen nicht anerkannt habe. Es war dann weiter unten dazu gesagt, daß unter solchen Umständen der Wert der Tarifgemeinschaft stark gesunken ist.

Gegen diese Wendung lehrt sich das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“. Es sagt, nachdem es unsere Zahlen angeführt hat:

„Wie die Zahl der Beschäftigten beweist, handelt es sich jedoch bei den Tarifgegnern meistens um Kleinbetriebe, die den Wert des Tarifabschlusses und der Tarifanerkennung der großen Vereine kaum herabmindern können. Wir stimmen mit der „Bäckerzeitung“ gewiß überein, daß alles getan werden muß, um die Verwaltungen dieser offenbar rüchständigen Vereine zur Anerkennung des Tarifes zu veranlassen; finden aber doch, daß das Blatt ein wenig übertreibt, wenn es aus der Nichtanerkennung des Tarifes für 112 Beschäftigte gegenüber der Anerkennung für 1801 Beschäftigte folgert, daß der Wert der Tarifgemeinschaft stark gesunken ist.“ Bei jeder Tarifgemeinschaft gibt es Außenleiter, bei denen fest zugegriffen werden muß, um sie zur Anerkennung ihrer Pflicht zu zwingen, ohne daß man deshalb gleich von einem stark gesunkenen Wert der Einrichtung selbst reden kann.“

Diese Kritik ist auch in eine Reihe von Tagesblättern übergegangen und hat zum Teil noch ausdrückliche Zustimmung, in einem Falle allerdings auch Ablehnung gefunden. Da wird es doch notwendig sein, daß wir unsern Standpunkt hinsichtlich des Wertes, den wir der Tarifgemeinschaft im allgemeinen als auch unserer Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine im besondern beimesse, noch einmal etwas ausführlicher klarmachen, als es in dem Aufsatz in Nummer 2 geschehen ist.

Unsere Wertschätzung der Tarifgemeinschaften im allgemeinen ist eine sehr große. Wir müssen dies deshalb besonders unterstreichen, weil ein Parteiblatt, die „Erfurter Tribüne“, in seiner Ablehnung des Standpunktes des „Correspondenzblattes“ unsere Ausführungen in folgender Weise unterstützen will:

„Damit hat das Blatt eigentlich nur ausgesprochen, was schon längst Ueberzeugung eines großen Teiles der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist. Doch geht diese Meinung der Schriftleitung des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission“ wider den Strich. Im Tona des Lehrers, der seinen Schülern mit erhobenem Finger eine Warnung erteilt, ermahnt sie die „Bäckerzeitung“, sie wolle doch nicht aus solchen geringfügigen Anlaß gleich von einem stark gesunkenen Wert der Tarifverträge reden.“

Auch wir sind bisher nicht unbedingte Gegner der Tarifverträge gewesen, haben aber auch nie ihre großen Schattenseiten verkannt. Vor allem sind Tarifverträge nicht als Evangelium zu betrachten. Diese Lehre müßten die großen wirtschaftlichen Umwälzungen im Verlaufe dieses Krieges eigentlich auch unsern Tariffanatisten eingepaukt haben. Die Arbeiter wissen, daß die in den letzten Jahren mit Hilfe der Militärbehörden zustande gekommenen Tarife und Abmachungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften nach diesem Kriege noch nicht einmal den Wert eines Fehlers Papier haben. Dann wird die Macht und der energische Wille, diese Macht zu gebrauchen, im Wirtschaftsleben entscheidend, und die Arbeiter tun gut, sich jetzt schon zu rüsten. Die kommende neue Zeit wird mit der Illusionen der Tarifangelegten gründlich aufräumen.“

Selbst auf die Wahrscheinlichkeit hin, daß die „Tribüne“ erklären wird, wir wären vor dem wachsenden erhobenen Finger unseres Lehrers wieder auf den Pfad der Tugend gewandert, müssen wir bekennen, daß Tarifverträge uns

zwar keineswegs das höchste Gut sind, das die Arbeiterschaft sich erobern kann, daß wir aber in ihnen eine äußerst wertvolle Sicherungserrungenerwirtschaftlicher Vorteile sehen. Daß diese Sicherung in den Zeiten normaler wirtschaftlicher Entwicklung besser ist als in Zeiten wirtschaftlichen Umsturzes, ist allerdings selbstverständlich. Wenn die „Tribüne“ aber schreibt, die Arbeiter wüßten, daß die in den letzten Jahren mit Hilfe der Militärbehörden zustande gekommenen Tarife nach diesem Kriege noch nicht einmal den Wert eines Fehlers Papier haben werden, so wissen die Arbeiter auch ganz genau, daß dies nur dann eintritt, wenn ihren Organisationen die Widerstandskraft mangelt. Und sie haben so viel Begriffsvermögen, einzusehen, daß im letzten Falle die Arbeitsverhältnisse ohne Tarifverträge noch viel schneller abwärts gehen werden. Wenn aber, nach Ansicht der „Tribüne“ (und auch nach unserer), Macht und der energische Wille, diese Macht zu gebrauchen, nach dem Kriege entstehen werden — vorausgesetzt, daß die Arbeiterschaft sich jetzt schon rüstet —, so wird es ja wohl auch möglich sein, mindestens die Tarife hochzuhalten! Sollten die Hoffnungen der „Tribüne“ sich also erfüllen, so wird mit der „Illusionen der Tarifangelegten“ kaum sehr gründlich aufgeräumt werden. Im Gegenteil hatten wir, wenn nur erst von Volkswirtschaft einigermaßen wieder die Rede sein kann, die Zeit für gekommen, wo eine viel umfassendere Regelung in irgendwelcher Form auf dem Gebiete der tariflichen Vereinbarungen und ihrer Bewertung im öffentlichen Recht zu folgen hat. Wir können diese Fragen heute hier nicht weiter behandeln — genug, wir sind, ohne dafür einige Nachteile der Tarifverträge zu verdrängen — noch immer auf richtige Anhänger der Tarifpolitik der Gewerkschaften gewesen, und die Kriegserfahrungen haben uns darin nichts anderes lehren können. Trotzdem ist selbstverständlich auch für uns der Wert der einzelnen Vereinbarungen ein sehr verschiedener, je nach ihrem Umfange in bezug auf die Zahl der Betriebe und der darin Beschäftigten, je nach dem allgemeinen wirtschaftlichen Werte des Kontrahenten und je nach der Art, wie dieser selbst die Erfüllung seiner tariflichen Pflichten aussagt, beziehungsweise wenn es sich um Korporationen handelt, wie bei den wertvollsten Tarifen, ob er in der Lage ist, die einzelnen Glieder seiner Körperschaft zur Erfüllung der tariflichen Pflichten zu zwingen. Es ist doch offenbar ein Unterschied im Werte, ob der Tarifkontrahent durch eine Körperschaft gebildet wird, die alle ihre Machtmittel anwendet und, wenn sie nicht über genügende verfügt, sich solche zu verschaffen sucht, um von ihren einzelnen Gliedern die Anerkennung getroffener Vereinbarungen zu erzwingen, oder ob der Tarifkontrahent immer wieder erklärt, außer gelegentlichen Aufmunterungen nichts tun zu können, um eine Vereinbarung auf der ganzen Linie durchzusetzen. Und in dieser mißlichen Lage befindet sich der Zentralverband der Bäcker und Konditoren leider gegenüber dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine in bezug auf seine Tarifgemeinschaft. Dieser trifft mit uns auf die Dauer von fünf Jahren Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien der Konsumvereine; wenn jedoch ein großer Teil dieser Vereine die Vereinbarungen nicht anerkennen will, so begnügt sich die Leitung des Zentralverbandes nach etlichen Vorstellungen von unserer Seite mit einem „moralischen Druck“, das heißt mit einer mehr oder weniger bößlichen Erinnerung. Wenn der Verein nicht darauf geachtet, so ist es eben wie vorher. „Wir haben keine Machtmittel, die Vereine zur Einhaltung des Tarifes zu zwingen.“ heißt es dann, und wenn alle Stränge reißen, wird natürlich nichts dagegen eingewendet, wenn die Gewerkschaft ihre eigenen „letzten Mittel“ anwendet, um den Verein zu

einem Entgegenkommen zu zwingen. Das „feste Zureifen“, von dem das „Correspondenzblatt“ spricht, überläßt also der Zentralverband deutscher Konsumvereine der Gewerkschaft allein. Angesichts dieser Sachlage wurde in Nummer 2 davon gesprochen, daß der Wert der Tarifgemeinschaft stark gesunken ist, und es wird wohl niemand behaupten wollen, daß die Stillnahme des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geeignet ist, das Ansehen dieser Tarifgemeinschaft zu heben. Man muß immer vor Augen haben, daß zwar nur 59 vom Hundert der in Frage kommenden Bäckereiarbeiter, aber 264 vom Hundert der Betriebe außerhalb der Vereinbarungen stehen, und daß man schon während jeder Tarifdauer von 1904 an dieses Verhältnis angehalten hat! Obendrein handelt es sich bei den in Frage stehenden Vereinen nur vereinzelt — was ja das „Correspondenzblatt“ nicht wissen kann — um finanziell ungünstig stehende. Die Vereine haben allerdings nur kleinere Bäckereien, sind aber in der Mehrzahl im Verhältnis ebenso gut fundiert — mißunter sogar bedeutend besser — als die größeren, die längst den Tarif bewilligten. Und schließlich sind es immer wieder dieselben Vereine, die all diese Jahre widerpenstig sind.

Wenn die Gewerkschaft bisher noch nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, gegen solche Vereine die letzten Mittel anzuwenden, so nur, um das Ansehen der Genossenschaftsbewegung nicht zu schädigen und weil sie sich der Hoffnung hingab, daß die Leitung des Zentralverbandes selber mit der Zeit einzusehen würde, daß dieses Ansehen am sichersten gewahrt wird, wenn sie selber sich die Machtmittel in die Hand geben läßt, um die Außenleiter in die Reihe zu zwingen. Wir wissen sehr wohl, daß der ganze Aufbau des Zentralverbandes, die Selbstständigkeit der Revisionenverbände, überhaupt der ganze förderative Charakter dieser großen Wirtschaftszugorganisation der Zentralleitung gewisse Garantien zogen; aber wenn schon vor 15 Jahren durch einen Genossenschaftstag für das ganze Verbandsgebiet ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, so muß sich folgerichtig nun endlich die Zentralleitung auch freie Hand verschaffen, alle Vereine zwingen zu können, solche Abmachungen anzuerkennen. Die „Außenleiter“ stehen hier, was wir das „Correspondenzblatt“ zu beachten bitten, nicht, wie sonst in der Regel, außerhalb der Unterorganisation, sondern innerhalb dieser, und in solchen Fällen nehmen die Unternehmern beinahe einen viel strengeren Standpunkt ein als der Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Weil wir also gerade großen Wert auf Tarifgemeinschaften und ihre ehrliche Einhaltung legen, und weil wir nichts unversucht lassen wollen, was uns in Zukunft die Anwendung der „letzten Mittel“ ersparen könnte, deshalb haben wir den Stand unseres Genossenschaftstarifes und die Mängel in seiner Durchführung einmal der Öffentlichkeit vorgeführt. Wenn es zum nächsten Abschluß besser werden soll, so war es notwendig, daß die Aussprache darüber schon jetzt einschle; denn die Wahlen im Zentralverbande deutscher Konsumvereine mahlen äußerst langsam und gewissenhaft, und ganz besonders dann, wenn es sich um den Ausbau des Tarifwesens handelt. Müge sich aber schon heute die Leitung der Konsumvereine darüber klar sein, daß das jetzige Verhältnis nicht nur dem Zentralverbande der Bäcker und Konditoren, sondern auch andern Gewerkschaften untraglich geworden ist. Die Organisationen hätten nie geglaubt, daß sie so unendlich viel Zeit und Geld daran setzen müßten, um den Tarifstand nur so zu gestalten, wie er augenblicklich sich präsentiert, ebenso wie sie es nicht mehr verantworten können, für die Durchführung anderer Vereinbarungen, wie zum Beispiel der

Leistungszulagen, so viel Zeit zu opfern, wie in den bisherigen Fällen. Sie hoffen, daß nun endlich auch die Forderungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ihrerseits durch ihre Verhandlungen zeigen, daß ihnen eine löbliche Tarifgemeinschaft wertvoll ist.

Stellungnahme der Verbandsvorstände zum Streik.

Eine Konferenz des Verbandsvorstandes hat sich am 1. Februar mit den Ursachen und dem Verlauf des Streiks beschäftigt. Da die Gewerkschaften an der Leitung des Streiks nicht beteiligt waren, konnten die Verbandsvorstände in Gemeinschaft mit der Generalkommission nur ihrer Ansicht über die Ursachen der Bewegung Ausdruck geben. Sie beschließen eine Erklärung, in der ausführlich auf die Stellung der Regierung zu den Fragen der inneren und äußeren Politik hingewiesen wurde. Da diese Erklärung in der Tagespresse nur verflümmelt wiedergegeben werden dürfte, verzichten wir überhaupt auf ihren Abdruck, weil die zugelassene Form kein zutreffendes Bild der Stellungnahme der Verbandsvorstände ermöglicht.

Reichswirtschaftsamt und die Zusammenlegung der Bäckereibetriebe.

Am Sonnabend, 26. Januar, fand im Amtsgebäude des Reichswirtschaftsamtes in Berlin eine Konferenz statt, die Richtlinien für eine den Bedürfnissen des Bäckergewerbes Rechnung tragende Zusammenlegung der Bäckereibetriebe schaffen sollte.

Ein geladen waren alle Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Bäckergewerbes. Vertreten waren der Innungsverband „Germania“, der Großbäckereiverband, der Zentralverband der Konsumvereine, der Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, der christliche Verband und der gewerliche Bund. Es schloß der Reichs-Danderte Verband und der Reichsverband (christlich) der Konsumvereine.

Das Reichswirtschaftsamt war vertreten durch Unterstaatssekretär Göppert, Amtsrichter Trendelenburg und Geheimrat Lehmann; das Kriegsernährungsamt durch Unterstaatssekretär Dr. August Müller und das preussische Handelsministerium durch Geheimen Oberregierungsrat Fried. Außerdem waren Vertreter des Kriegsamtes und der Reichsstaatsanwaltschaft sowie der Reichsanwaltschaft anwesend. Die Konferenz wurde durch den Reichswirtschaftsamt geleitet.

Unterstaatssekretär Göppert eröffnete die Sitzung mit einem Rückblick auf das verfloßene Jahr und seine Kriegsernährungsamt. Die auch die Zusammenlegung der Bäckereibetriebe zwecks Kohlenersparnis mit sich bringt habe. Die Zusammenlegung müsse den höchsten Stellen überlassen werden. Da sich aber auch hierbei eine Reihe Schwierigkeiten ergeben können, so sei das Reichswirtschaftsamt zu dem Entschluß gekommen, die Vertreter des Bäckergewerbes darüber in Kenntnis zu setzen, ob es nicht zweckmäßig erweise, gewisse Maßnahmen, die seitens der Behörden zu beachten seien, general vom Reichswirtschaftsamt zu erlassen.

Während eine allgemeine Ansprache gewünscht wurde, nahm zu derselben der Präsident des Innungsverbandes „Germania“, Herr Bernward, das Wort. Er warnte vor jeder Art von Betriebszusammenlegungen in der jetzigen Form, behauptete die Kohlenersparnis durch dieselben nicht zu erreichen, sondern nur durch die Vergrößerung der Betriebe, die mehr Kohlen verbrauchen, als Kleinbetriebe. Er beantragte vor allen Dingen die Wahrung der Betriebszusammenlegungen, die er rigoros verneinte.

Unterstaatssekretär Göppert erklärte, daß der Gesetzgeber sich zur Unterstützung in den zuständigen Reichsstellen habe, und daß Unrecht, wenn es ein solches sei, abgestellt werde.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

lich systematisch unterlassen worden, wodurch eine Reihe von Fehlgriffen der Behörden, die Redner als Schulbeispiel dafür, wie es nicht gemacht werden dürfe, anführte, entziehen müßten und Verbitterung auslösten.

Unterstaatssekretär Göppert erklärte auf diese Vorlegungen, daß bei den zuständigen Behörden keine Meinung besteht, die Nacharbeit wieder zur Einführung zu bringen. Die Reichsbehörden denken nicht daran, mit der Betriebszusammenlegung die Wiedereinführung der Nacharbeit im Bäckereibetriebe zu verbinden, und er glaube, daß das preussische Handelsministerium den gleichen Standpunkt vertrete.

Geheimer Oberregierungsrat Fried erklärte, daß das Handelsministerium durchaus an der Beibehaltung der Nacharbeit und dem Befehlableiben des Nacharbeitverbotes festhalte, daß aber ein Erlaß des Kriegsernährungsamtes, der die Vorarbeiten den Regierungspräsidenten zur Freigabe empfehle, die Befürchtungen, die Gehlhold geäußert hätte, begründe.

Schulte vom Großbäckereiverband erklärte, daß sein Verband nicht die Stelle sei, die die Nacharbeit herbeiführen, er könne auch diese Stelle nicht. Die Nacharbeit werde aber von manchen Interessenten als Kriegsmäßnahme gefordert. Den Großbetrieben sei die Ausnutzung ihrer Werke nicht im vollen Umfange möglich. Den zusammengelegten Betrieben wünschte er, daß deren Existenz nach dem Kriege garantiert sei.

Papstein, vom Zentralverband deutscher Konsumvereine, erklärte, daß seine Organisation kein Interesse an der Fortsetzung der Betriebszusammenlegungen habe. Er fragt über die Hindernisse, die einzelnen Konsumvereine in der Befreiung ihrer auswärtigen Verkaufsstellen erwachsen, wodurch in jenen Orten kleine Bäckereien eingezwängt werden müßten, was eine Verdrängung von Heizmaterial bedeute. Er verlangte gleichfalls, daß bei allen diesen Fragen die Konsumvereine zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Der Reichswirtschaftsamt erklärte, daß die Zusammenlegung der Betriebe nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessern würde. Er forderte, damit endlich einig zu werden.

Wohlensauschüsse als berufene Gesellenvertretungen. Wo sie nicht mehr da seien, sollten die Innungen die beruflichen Gesellenvertreter bestimmen. Auf Widerpruch Gehlholds wiederholt er nochmals diese Ansicht und behauptet, daß seine Organisation vor dem Kriege 75 pZt. der Gesellenauschüsse vertreten habe und auch jetzt noch 25 pZt. vertritt.

Der Vorsitzende und Geheimrat Fried empfehlen, daß in die Richtlinien niedergelegt werde, daß die Gesellenchaft durch ihre beruflichen Vertreter zu Male gezogen werden soll. Die Entscheidung in dieser Frage sollte man den Kommunalbehörden überlassen. Ueber diese Lösung herrscht Einverständnis und damit über Punkt 8 überhaupt.

Bei Punkt 1 wird nach Erklärungen Gehlholds, Papsteins und Schultes bestimmt, daß die Hausbäckerei (Brotbäckerei) von der Zusammenlegung ausgeschlossen bleibt und ebenso Bäckereien mit Holz- und Torfküchensbäckerei nicht zugelassen werden sollen, sowie, daß im übrigen die Zusammenlegung nur im Einvernehmen mit den Berufsvertretern erfolgen darf.

Zu den Punkten 2 und 4 geben Amtsrichter Trendelenburg und ein Vertreter der Reichsstaatsanwaltschaft informativische Erklärungen ab.

Ein Vertreter des Kriegsamtes wirft die Frage auf, ob es zweckmäßig sei, bei der Zusammenlegung auf Menschensparnis für den Krieg- und Hilfsdienst Gewicht zu legen. Seitens der Vertreter der Innungen und Gehlholds wird die Frage der Menschensparnis als nicht ins Gewicht fallend erklärt. Der Vorsitzende will in die Richtlinien die Frage der Menschensparnis nicht als Vorbedingung bei der Zusammenlegung des betreffenden Betriebes niederlegen, jedoch sollen die Bäcker daraus kein Recht herleiten dürfen, vom Kriegs- oder Hilfsdienst befreit zu sein. Darüber stellt er Einverständnis fest.

Unterstaatssekretär Dr. Müller will bei der Betriebszusammenlegung die Höhe der Ausbeute des Mehlens ausschlaggebend sein lassen. Nachdem auch hier von den Vertretern des Berufes abgeraten wird, weil diese Frage von zu vielen Umständen, namentlich aber von der Beschaffenheit des Rohmaterials abhängig sei, wird von derselben Abstand genommen.

Alle übrigen Fragen werden der Zusammenarbeit der Berufsvertreter mit den Kommunalbehörden vorbehalten. Zu Punkt 4 wird von allen Seiten auf das wärmste empfohlen, den stillgelegten Betrieben, namentlich aber denen, die aus dem Felde zurückkehren, die Wiederaufnahme ihres alten Betriebes zu erleichtern. Es wird seitens der Innungsvertreter zu diesem Zwecke die Schaffung von Fonds empfohlen, zu denen die zurückgebliebenen Meister Beiträge leisten sollen. Auch die Vertreter der Großbetriebe jagen in diesem Bestreben ihre Unterstützung zu.

Der Vorsitzende stellt auch hier Einmütigkeit in der Auffassung fest und jagt die Aufnahme eines solchen Passus in die Richtlinien zu. Mit Dank an die Berufsvertreter schließt sodann Unterstaatssekretär Göppert die Sitzung.

Nachbrotverbot und Kreisregierung Niederrhein.

Der Vorhang ist gefallen und zum Erstausmal erfahren alle Gegner der Nacharbeit im Bäckergewerbe, daß seit längerer Zeit zwischen der Kreisregierung von Niederrhein und den im Regierungsbezirk vorhandenen Bäckereinnungen Verhandlungen stattgefunden haben, um das Bäckergewerbe erntenzähig zu erhalten durch Zulassung der Vorarbeit zu der zwölfstündigen Arbeitszeit. Soll mit den Vorarbeiten ein besseres Brot hergestellt werden, oder sind einige Innungsgewaltige daran, durch frühzeitiges Herstellen früherer Backwaren einen mütenden Konkurrenzkampf zu entfachen und die Kreisregierung hierzu als Vorspann an dem Profittarren zu benutzen?

Die Sachverständigen aus Bäckereimeistertreien werden die Kreisregierung sicher nicht darauf aufmerksam gemacht haben über die Vorgänge, weil sie sich im Leipziger Stadtrat im Oktober vorigen Jahres abspielten. Hat doch die Leipziger Bäckereinnung in trefflicher Weise dargelegt, daß auch ohne Vorarbeiten ein schmackhaftes, bekömmliches und gutes Brot hergestellt werden kann. Die Gegner der Nacharbeit vernahmen mit Recht, daß die Vertreter der Vorarbeiten sich mit dem Hintergedanken trugen: wie kann man am besten das Nachbrotverbot durchlöchern, das Gesetz umgehen und auch möglichst freie Hand bekommen, der Amtlichbehörde die Kontrolle zu erschweren, damit die Gehilfenschaft nach wie vor der festen Ausbeutung unterliegt. Seitens der Gehilfenschaft erheben wir schärfsten Protest, daß bei so wichtigen Fragen, welche zur Behandlung stehen, die Kreisregierung nur Sachverständige aus den Arbeitgebertreien herbeizieht, während man die Gehilfenschaft im Bereiche kurzerhand zur Seite stellt und sie von den abgehandelten Verhandlungen benachrichtigt durch den Mund der Bäckereimeister.

Kann sich die Kreisregierung nicht mehr erinnern, daß 1905 die Bäckergehilfen von Niederrhein in einer Petition eruchten, daß ihnen an den hohen Festtagen Weihnachten, Ostern und Pfingsten je ein freier Tag zugesprochen werden sollte? Hat die Kreisregierung nicht auch den Weg zu den Bäckereimeistern gefunden? Warum findet man jetzt nicht die Gehilfenschaft?

In der letzten Versammlung der Bäcker-Zwangsinnung Landshut wurde der Abschluß der Verhandlungen durch ein Schreiben der Kreisregierung verkündet, worin es heißt: Den Bäckereimeistern ist gestattet, daß in ihren Betrieben Vorarbeiten, gleich welcher Art, einschließlich dessen heizen, in der Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens auf die Dauer von zwei Stunden geleistet werden können.

Nach Verlesen dieses Schreibens wird sich mancher Bäckereimeister wohl schon zurechtgelegt haben, was von seinem persönlichen Standpunkt aus Vorarbeiten sind; denn man konnte ja schon in letzter Zeit öfters bemerken, daß auf die Gehilfen eingemittelt wurde, die Arbeit früher anzufangen als gewöhnlich zulässig war, wurde dies verweigert, dann erhielten die Gehilfen die schmeichelnde Antwort: Sollten Euch Beschwerden erwachen, die Verantwortung übernehme ich. Der Gehilfenschaft wird es auch jetzt noch nicht klar sein, aus

- Diese Fragen lauten:
1. Führt die Zulassung in einer Linie in Betracht zu ziehen? (Größe der Betriebe, Kohlenverbrauch, Arbeiter, Nachkontrolle.)
  2. Auf welche Weise kann ein gelblicher Ausgleich zwischen den fortarbeitenden und den stillgelegten Betrieben herbeiführen? (Wiederbeschäftigung der stillgelegten Betriebe als Verkaufsstellen, Erntehilfengemeinschaft der Bäckereibetriebe, Überführung der Meister und Gehilfen stillgelegter Betriebe in fortarbeitende Betriebe.)
  3. Zusammenarbeit der Kommunalbehörden mit den berechtigten Vertretern des Bäckergewerbes.
  4. Ist es möglich, schon jetzt Vorbereitungen dafür zu treffen, daß den Inhabern der stillgelegten Betriebe, insbesondere den im Felde stehenden, nach Beendigung der Kriegswirtschaft die Wiederaufnahme ihres Betriebes erleichtert wird?

Der Vorsitzende nimmt den Punkt 3 vorweg, über den nach seiner Meinung Uebereinstimmung herrsche, wie die Debatte ergeben habe. Nur über die Art der Zusammenlegung des Sachverständigenbeirates müsse nach Klarheit geschaffen werden.

Sippmann, Frankfurt, fordert die entsprechende Hinzuziehung der Konsumvereine, Schulte die der Privatgroßbetriebe. Bernard entwickelt, daß Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe, wie auch die Konsumbäckereien vertreten sein könnten. Gehlhold fordert die Beteiligung der Gesellenorganisationen. Geheimrat Fried erklärt, daß der Minister für Handel und Gewerbe Gewicht darauf lege, daß die Innungen und Gesellenauschüsse als Vertretungen des Gewerbes in erster Linie in Frage kämen. Gehlhold erklärt, daß schon in Friedenszeiten die Gesellenauschüsse nicht nur den Willensausdruck der Gesellen selbst darstellten, sondern auch in Kriegszeiten viel mehr in Erscheinung getreten, weil heute in den Innungsbetrieben nur noch sehr wenig Gesellen vorhanden seien und in den kleinen Städten kein Gesellenauschuss mehr da sei. Selbst in Berlin sei der Gesellenauschuss nicht mehr vollständig. Er tritt daher nochmals entschieden für die Anerkennung der Gesellenorganisationen ein. Gehlhold vom gelben Bund erklärt sich gegen die Beteiligung der Organisationen und empfiehlt die Ge-

welchen Motiven die Kreisregierung die Genehmigung zur zweifelhafteigenen Arbeit erteilt. Aus diesem Vorgang ergibt die deutsche Arbeiterbewegung...

Wo bleibt das Gesetz, das die Nachtarbeit im Bäckergewerbe dauernd verbietet? ...

An alle Kollegen, die im Kriegsdienst stehen...

Ich bin Frontsoldat folgende Worte: In Nummer 3 unseres Organs macht ein Kollege den Vorschlag...

Doch ich, der Schreiber dieses, bin Frontsoldat. Viele organisierte Kollegen habe ich noch nicht angetroffen...

Wie nun eine derartige Beitragsleistung gemacht wird, ist für mich Nebenfrage. Hauptfrage ist erst die Beiträge...

Ein anderer Wehrmann schickte uns aus einer Etappe in Frankreich zu der Frage der freiwilligen Beiträge nach...

das muß heute schon jedem bekannt sein. Ich bin nur neugierig ob sich noch mehr Kollegen über diese Sache äußern...

Es ist erfreulich, daß eine solche Anregung ergangen ist, und ich erkläre mich bereit, jeden Monat meine Mark zu zahlen...

Es wird gewiß jedem denkenden Kollegen zur Genugung gereichen, wenn er nach Friedensschluß zurückkehrt und eine gut fundierte und stark ausgebaute Organisation vorfindet...

Verbandsnachrichten.

Der Hauptkassierer, D. Freitag. Von 21. Januar bis 2. Februar gingen bei der Hauptkassie des Verbandes folgende Beträge ein:

Sterbetafel.

Berlin. Rudolf Hausmann, Bäcker, 51 Jahre alt. Magdeburg. Helene Flott, 21 Jahre alt, am 26. Januar.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Berlin meldet als gefallen: Karl Stein, Karl Schaper, Erich Hsiner, Reimund Goetzmann, Bäcker, 26 Jahre alt, am 18. November (sämtlich aus Potsdam).

Franz Koback, Bäcker, 46 Jahre alt; Emil Badot, Bäcker, 38 Jahre alt. Bezirk Osnabrück. Walter Zimmer, Bäcker, 28 Jahre alt, gefallen.

Centralberammlungen.

Dietrichfeld. Die Centralberammlung fand am 23. Januar in der 'Eisenbüchse' statt und war gut besucht. Aus dem vom Kassierer Brodbeck gegebenen Klassenbericht...

Sterbetafel.

Sterbetafel. Am Freitag, 23. Januar, fand unsere Centralberammlung statt, die sehr gut besucht war. Sachverhalt: Kassierer Harland als Kassierer den Klassenbericht...

